



Medienmitteilung

Datum:

20. März 2023

Familienplanung – Ein Recht für alle

Bei einem Fünftel der verheirateten und sogar bei einem Drittel der nicht verheirateten Mütter war die Schwangerschaft gemäss einer Befragung im Jahr 2014 in der Schweiz nicht geplant. Der chancengerechte Zugang zu Methoden der Familienplanung ist eine Voraussetzung für die selbstbestimmte Wahl des Zeitpunkts einer Schwangerschaft. Das EKFF-Policy Brief Nr. 6, verfasst vom Kommissionsmitglied Sonja Merten, macht Vorschläge zu einer selbstbestimmten Familienplanung.

Die Autorin fordert die Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln (inklusive Pille danach) durch die Krankenkassengrundversicherung, zumindest für Personen in der Sozialhilfe oder im Asylverfahren und für junge Erwachsene bis 25 Jahre, sowie für Personen mit Krankenkassenprämienverbilligungen. Zudem soll vermehrt und breit über Familienplanung in möglichst vielen Sprachen informiert werden. Auch braucht es eine Kostenübernahme für professionelle Dolmetschende in Beratungsgesprächen und eine verstärkte Sexualerziehung in den Bildungsinstitutionen. Damit verbessert sich die Planbarkeit der Familiengründung oder -erweiterung und damit die Gesundheit und Entwicklungschancen von Müttern, Kindern und Familien.

Gesellschafts- und familienpolitische Fragen

Die EKFF ist eine ausserparlamentarische Kommission, die sich für familienfreundliche Rahmenbedingungen einsetzt. Als Fachkommission stellt sie spezifisches Fachwissen im Bereich Familienpolitik bereit, auf welches Politik und Verwaltungsbehörden zurückgreifen können. Die EKFF veröffentlicht regelmässig [Policy Briefs](#) zu wichtigen aktuellen Themen, die das Familienleben betreffen.

Kontakt/Auskunft:

Nadine Hoch, Leiterin wissenschaftliches Sekretariat EKFF

E-Mail: nadine.hoch@bsv.admin.ch

Tel: 079 129 24 73

